

Anschrift Personal verwaltende Dienststelle	PvStS	Ort und Datum	
		Sachbearbeiter	Telefon
		Beschäftigungsdienststelle	
Landesamt für Steuern und Finanzen		Mitteilung über die Eingruppierung aufgrund Antrag des/der Beschäftigten auf Änderung der Entgeltgruppe nach § 29c Abs. 3 Satz 1 TVÜ-Länder i. V. m. § 12 TV-L <u>Anlage:</u> Abdruck des Änderungsvertrages	
Arb.Gr.			

1. Angaben zur/m Beschäftigten

Name, Vorname	Geburtsdatum	Geschäftszeichen des LSF	
		Sachbearb.-Nr.	Personalnummer

2. Beibehaltung der bisherigen auszuübenden Tätigkeit

Hiermit wird bestätigt, dass die nach der Tätigkeitsbeschreibung vom	übertragene(n) Tätigkeit(en) unverändert
über den 31. Dezember 2018 hinaus ausgeübt wird/werden.	

3. Änderung der Entgeltgruppe zum 1. Januar 2019 auf Antrag des/der Beschäftigten ¹

Der/die Beschäftigte wurde zum 1. Januar 2019 in die neue Entgeltgruppe KR	übergeleitet (§ 29c Abs. 1 TVÜ-Länder).
Der Antrag des/der Beschäftigten auf Änderung der Entgeltgruppe nach § 29c Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 TVÜ-Länder i.V.m. § 12 TV-L wurde fristgemäß mit Schreiben vom	
gestellt.	
Ergebnis:	
Der/Die Beschäftigte ist ab 1. Januar 2019 in die Entgeltgruppe KR	Fallgruppe des Teils IV Abschnitt
der Anlage A zum TV-L (Entgeltordnung) eingruppiert.	

Die Bewertung wurde vorgenommen von:			
Name	Organisationseinheit	Datum	Unterschrift/Funktionsbezeichnung
Die Richtigkeit der vorstehend aufgeführten Angaben wird bestätigt:			
Name	Organisationseinheit	Datum	Unterschrift/Funktionsbezeichnung/Stempel

Hinweis:

An die Eingruppierung anknüpfende Zulagen nach

- den Vorbemerkungen Nrn. 9 bis 11 zu Abschnitt 1 des Teils IV der Anlage A zum TV-L,
 - der Protokollerklärung Nr. 3 zu Abschnitt 1 des Teils IV der Anlage A zum TV-L,
 - den Vorbemerkungen Nr. 7 und Nr. 9 zu Abschnitt 2 des Teils IV der Anlage A zum TV-L,
 - § 43 Sonderregelung Nr. 8 TV-L
- sind mit FBL A5 mitzuteilen.

¹ Der Antrag auf Eingruppierung in eine höhere Entgeltgruppe kann nach § 29c Abs. 4 TVÜ-Länder nur bis zum **31. März 2020** gestellt werden (Ausschlussfrist) und wirkt auf den 1. Januar 2019 zurück. Ruht das Arbeitsverhältnis am 1. Januar 2019, beginnt die Frist von einem Jahr mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit; der Antrag wirkt auf den 1. Januar 2019 zurück.